

Regelbruch ist undemokratisch

Die falschen Methoden vergiften das feinste Ziel

Von Josef Joffe

Die Bundesrepublik als Viertes Reich – als Hort einer „forcierten Politik der Entdemokratisierung“? Die Prämisse ist absurd. Da sie nicht gilt, bricht der Aufruf zum neudeutschen Widerstand zusammen wie ein Bierdeckel-Haus, das Kinder am Kneipentisch bauen, wenn das Geplauder der Eltern sie langweilt.

Wenn das Wort nicht zum Kaugummi verkommen soll, ist „Widerstand“ eben nicht der Aufruf, der Protest, die Demonstration, die Bürgerinitiative. Das sind Handlungen, welche die Demokratie braucht wie die Lunge den Sauerstoff. Aber es ist kein linguistischer Zufall, daß wir beim Wort „Widerstand“ an anderes denken: an Spartakus, an den 20. Juli, an 1776, 1789, 1848. Das klassische Dokument der Moderne ist die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776. Da machte sich ein gewisser Thomas Jefferson die Mühe, den Widerstand gegen George III. penibel zu begründen. Er belegt eine „lange Kette des Mißbrauchs und der widerrechtlichen Aneignung der Macht“, alles zum Behufe des „Despotismus“. Das entscheidende Argument war nicht, daß den Siedlern diese Steuer oder jene Maßgabe nicht paßte, sondern daß George gegen die eigenen Gesetze verstoßen hatte, die auch den Herrscher binden. Folglich hatte er die Gehorsamspflicht seiner Untertanen verwirkt.

Aufkündigung des Gehorsams

Widerstand darf nicht mit den Usancen der Demokratie verwechselt werden; er ist kein tagespolitischer Reflex gegen echte oder eingebildete Mißstände, sondern die Aufkündigung des Gehorsams bis hin zu Gewalt und Tyrannenmord. Letzlich ist Widerstand ein Übel, das nur durch ein größeres Übel gerechtfertigt werden kann. So steht es auch im Grundgesetz: „Gegen jeden, der diese Ordnung beseitigen (will), haben alle Deutschen

das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Ist „diese Ordnung“ gefährdet – gar durch diesen Staat und seine Repräsentanten? Die Bundesrepublik ist neben den USA das liberalste System in der demokratischen Welt. „Liberal“ heißt hier nicht „links“, sondern kennzeichnet ein System, in dem die Macht dezentralisiert und eingehegt ist wie nirgendwo. Gegen ihren Mißbrauch gibt es – anders als in der DDR – unzählige und erprobte Mechanismen der Korrektur – von der freien Presse bis zum Verfassungsgericht? Gegenüber England und Frankreich, beide zentralistische Gebilde, wirkt Deutschland wie der Inbegriff der Anarcho-Parole: „Keine Macht für niemand.“ Folglich liegt die Beweislast bei jenen Widerstandspredigern, die den Umsturz von oben zu erblicken wännen.

In einem System, wo nicht die Georges bestimmen, sondern Gesetze – von frei gewählten Repräsentanten verfaßt, durch einen mächtigen Grundrechtskatalog eingegrenzt und von einer unabhängigen Judikative überwacht – ist Widerstand ein antidemokratisches Prinzip. Was tun die paar hundert Castor-Gegner, die Schienen blockieren oder gar Entgleisungen zu provozieren versuchen? Sie sagen damit: Unsere Feindschaft gegen die Atomenenergie ist höher einzuschätzen als die Entscheidung der frei gewählten Regierenden, die die demokratische Mehrheit verkörpern. Mehr noch: Mit unserem Handeln sagen wir, daß wir die demokratischen Prozesse verachten; die wahre Macht gehört der Minderheit. So wird die Blockade zur Usurpation.

Der Einwand lautet: Sie tun es doch nicht aus verwerflichen Motiven. Dann drehen wir den Spieß um. In den USA werden Abtreibungskliniken belagert oder gar in die Luft gesprengt – von lauter wohlmeinenden Menschen, die Abtreibung als Mord betrachten. Wenn die vor den Strafrichter gehören, dann doch auch die deutschen Mastensäger – o-

der? Wenn Nötigung in dem einen Fall „gut“ ist, dann doch auch im anderen.

In einer liberalen Demokratie dürfen Minderheiten Schutz beanspruchen, nicht aber die Macht, im Namen des „höheren Rechts“ die demokratischen Prozesse auszuhebeln. „Ich will das Gute, also ist mein Tun nicht unrecht“ ist der Anfang vom Ende der liberalen Demokratie. Dieser „Widerstand“ bekämpft nicht die Tyrannei, sondern öffnet ihr Tür und Tor, nämlich der Tyrannei der Minderheiten, die unter der Flagge des allzu guten Gewissens segeln. Was ist denn die liberale Demokratie? Sie wird bestimmt durch Rechte, Gesetze und Mehrheiten, die den Staat zugleich tragen und eingrenzen. Aber noch wichtiger sind die Prozeduren, welche die richtigen Mittel heiliger sprechen als die hehrsten Wünsche. So wenig wie ich mich zum Richter in eigener Sache aufschwingen kann, darf ich im Namen des „Widerstands“ meine Ziele durch Nötigung und Blockade, Krawall und latente Gewalt durchsetzen. Das ist nicht Widerstand wie die Montagsdemos von Leipzig, sondern die Erpressung der Vielen durch die Wenigen.

Warum müssen die Mittel heiliger sein als die Ziele? Weil, erstens, die falschen Methoden das feinste Ziel vergiften. Weil, zweitens, nur der Respekt vor den Prozeduren das fragile Geflecht eines liberalen Gemeinwesens schützt; denn jeder Regelbruch animiert den nächsten. Also gilt, drittens, „Wehret den Anfängen“. Wenn immer mehr Menschen ihre Präferenzen privat erzwingen, dann steht am Ende des Weges das Schreckensbild Weimar: Lauter „Widerstand“ und keine Demokratie, die noch fähig wäre, die Interessen und Rechte aller zu schützen. Ganz simpel: George III und Honecker waren *forever*; wir aber können unseren Herrschern alle vier Jahre kündigen – und ihnen täglich auf die Finger hauen, ohne den Bundestag belagern zu müssen.

DER BÜRGER und die Staatsgewalt: Wackersdorf 1985.

Photo: Horst Hanske